

Perzipierte Ungleichheit und Bias der politischen Nachfrage: Wie wirken Medien auf Einstellungen zur Vermögensteuer?

Dallinger, Ursula

Preprint / Preprint

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dallinger, U. (2021). *Perzipierte Ungleichheit und Bias der politischen Nachfrage: Wie wirken Medien auf Einstellungen zur Vermögensteuer?*. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-74948-0>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/1.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/1.0>

Perzipierte Ungleichheit und Bias der politischen Nachfrage: Wie wirken Medien auf Einstellungen zur Vermögensteuer?

Ursula Dallinger

Zusammenfassung

Nach einer in der neueren sozialwissenschaftlichen Debatte vertretenen These sind verteilungspolitische Einstellungen der Bürger durch die ungenau wahrgenommene wirtschaftliche Ungleichheit selbst verzerrt. Der Artikel prüft, ob sich das am Beispiel der Vermögensteuer bestätigen lässt. Wird die steuerliche Belastung wohlhabender Haushalte - ermittelt mit dem geschätzten Spitzensteuersatz auf Einkommen - verzerrt wahrgenommen und hat dies Folgen für die Unterstützung einer Vermögenssteuer, die 1996 ausgesetzt wurde und um deren Wiedereinführung seit einiger Zeit in der politischen Arena gerungen wird? Ein online-Survey überprüft die Effekte zum einen von Perzeptionen und zum anderen der medialen Rahmung der Vermögensteuern empirisch. Danach wird die Spitzensteuer zwar relativ korrekt geschätzt. Dennoch vorhandene Fehleinschätzungen setzen die Belastung eher zu hoch an, was die politische Unterstützung einer Vermögenssteuer verringert.

Die Einführung von „Reichensteuern“ bewegt sich im Spannungsfeld zwischen medialen Bildern von privilegiertem Reichtum einerseits und Abwanderungsdrohungen der Wirtschaft und fehlenden Arbeitsplätzen andererseits. Das Ringen um öffentliche Benennungsmacht in den Massenmedien wird mit spezifischen Rahmen ausgetragen. Nach Framing-Experimenten sinkt die Unterstützung einer Vermögenssteuer höchst signifikant, wenn ein Frame mögliche Arbeitsplatzverluste aktiviert. Hingegen erzeugen Frames zum Beitrag der Vermögenssteuer zum Abbau von Staatsverschuldung keine signifikanten Resultate, da diese die bereits hohe Unterstützung für Vermögenssteuern nicht weiter steigern. Das Ringen um *Benennungsmacht* ist unentschieden. Unterstützung scheint unsicher, da medial verfügbar gemachte Wirtschaftsrahmen sie mindern.

Schlüsselwörter: Ungleichheitsperzeptionen, Vermögensteuern, distributive Politik, Einstellungen.

1. Einleitung

Seit einigen Jahren wird in Öffentlichkeit und Sozialwissenschaften debattiert, wie genau Bürger und Bürgerinnen wirtschaftliche Ungleichheiten wahrnehmen und welche Folgen ein Wahrnehmungsbias für ihre Nachfrage nach umverteilender Steuer- und Sozialpolitik hat. „*Die Deutschen wollen viele Einkommen niedriger besteuern und Vermögen umverteilen. Was aber sind ihre Wünsche wert, wenn sie die Wirklichkeit nicht kennen?*“ schrieb etwa die Zeit (Altmann et al. 2018; auch Rudzio 2012). Wenn die Fakten zur Ungleichheitsentwicklung nur vage bekannt seien, könne auch die Nachfrage der Bürger nach redistributiver Politik kaum sachgerecht sein (Niehues 2014; Engelhardt/Wagener 2014 und 2018; Gimpelson/Treisman 2015).

Die Hinwendung zu den Perzeptionen spiegelt einen *cognitive turn* in der Erklärung von Umverteilungspräferenzen, nachdem der Einfluss *faktischer* Ungleichheit auf umverteilungspolitische Präferenzen der Bürger (Meltzer/Richard 1981) nicht systematisch nachweisbar war. Perzeptionen entsprechen offenbar nicht unbedingt den Fakten (Hochschild 2001; Kenworthy/McCall 2008; Norton/Ariely 2011), es handelt sich eher um geglaubte Fakten (Zaller 1992). Deskriptiv wies man für verschiedene Aspekte der Ungleichheitswahrnehmung Biases nach (siehe Kap. 2. Stand der Forschung). Was aber dazu führt, wird selten gefragt.

Wie sehr Ungleichheit ungenau perzipiert wird und wie Bias die politische Nachfrage beeinflusst, analysiert das vorliegende Paper am Beispiel der Vermögensteuer. Sie wird wie die Spitzensteuer für Erwerbseinkommen, die Erbschafts- und die Grundsteuer als „Reiche“ belastendes Umverteilungsinstrument betrachtet. Untersucht wird, wie eine möglicherweise ungenaue Perzeption der steuerlichen Belastung Wohlhabender die Unterstützung für eine Vermögensteuer beeinflusst. Wie weitreichend sind verzerrte Informationen zu „Reichensteuern“? Wie wirkt sich ein Bias der wahrgenommenen Einkommenssteuer auf die Zustimmung zur Vermögensteuer, deren Wiedereinführung seit Jahren diskutiert wird, aus? Neben der Wahrnehmung steuerlicher Fakten prüfe ich andere, soziologisch relevante Bias wie etwa die Einschätzung der eigenen Einkommensposition und die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Ungleichheit (Wegener 1987; Fatke 2018). *Ego-* und *soziotropische* Urteile über Ungleichheit stehen aber nicht im Zentrum, helfen gleichwohl die Rolle der Steuerfakten einzuordnen.

Die Daten für die multivariaten Analysen stammen aus einem Online-Survey von 2020, das neben Daten zu Bias Survey-Experimenten enthielt, mit denen man Medienframes genauer beleuchten kann und deren Stellenwert ich im Folgenden begründe.

Die *Vermögensteuer* ist seit ihrer Aussetzung Ende 1996 nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht mehr in Kraft. Befürworter versuchen sie zu revitalisieren und brachten sie schon im Wahlkampf vor der Bundestagswahl 2013 als ein Instrument ein, um die hohe Staatsverschuldung durch Rettungsprogramme im Zuge der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise abzubauen. Für bestimmte politische Kräfte ist eine Vermögenssteuer primär wegen der hohen Einkommens- und Vermögenszugewinne an der Spitze der Verteilung wünschenswert (Bach et al. 2016; Bach/Thiemann 2016; DGB 2019; Piketty 2020). Opponenten erwarten hingegen geringe Umverteilungseffekte, dafür aber Standortnachteile, hohe Erhebungskosten, Ausweichreaktionen und verfassungsrechtliche Hürden, die bereits zu ihrer Aussetzung führten (Hey et al. 2012; Fuest 2019). Aktuell ist die Vermögensteuer zum Abbau coronabedingter Staatsschulden im Gespräch.

Zwar besteht Konsens, dass „starke Schultern“ mehr Lasten tragen sollen. Jedoch wird in der Öffentlichkeit darum gerungen, wie groß diese Last sein darf. Die Auseinandersetzungen um die Besteuerung Reicher finden nach Scheve und Stasavage (2016) in folgender *Konstellation* statt: Mit Einführung des *allgemeinen Wahlrechts* könnte die weniger begüterte Bevölkerungsmehrheit im Grunde „Reichensteuern“ durchsetzen. Das geschehe empirisch aber nicht immer dann, wenn die Vermögensungleichheit besonders hoch ist, sondern dann, wenn Bilder über besondere Privilegien und Begünstigungen Wohlhabender kursieren. Allerdings existieren Veto-Player in dieser Konstellation, die ihren Einfluss gegen eine Besteuerung „Reicher“ zur Geltung bringen. Diverse Interessen-Organisationen der Unternehmen und der Finanzmärkte¹ erinnern an „negative Anreize“ – sprich an die drohende Abwanderung von Unternehmen und das Zurückfahren von Investitionen mit der Folge fehlender Arbeitsplätze. Beide Seiten arbeiten daran ihre Sicht glaubwürdig zu machen.² Ein Kampf um *Benennungsmacht* findet statt (Bourdieu 1985), in dem die Medien die Narrative diverser politischer und wirtschaftlicher Eliten transportieren und so am Ringen um die „richtige“ Wahrnehmung der Sache mitwirken.

Das vorliegende Paper verbindet den eingangs vermerkten *cognitive turn* der Forschung über Umverteilungspolitik mit einem Blick auf öffentliche Debatten um die Vermögenssteuer. Medien machen „Wissen“ über die Gewinner und Verlierer der wirtschaftlichen Entwicklung, über Vor- und Nachteile verteilungspolitischer Instrumente verfügbar und bieten politischen Eliten eine Plattform (Lippman 1964; Zaller 1992). Wie Medien Urteile über ökonomische Ungleichheit - hier konkret der Vermögenssteuer - beeinflussen, ist wenig erforscht. Daher fragt das Paper, welche „Benennungsmacht“ mediale politische Kommunikation auf Einstellungen zur Vermögenssteuer ausübt. Das geschieht durch Framing-Experimente, die Medieninhalte idealtypisch modellieren. Eine ausgebaute Medieninhaltsanalyse ist nicht beabsichtigt, da der Focus auf den Effekten der Frames beim Publikum liegt.

Zunächst wird die vorliegende Forschung zu Einstellungen zur Vermögenssteuer, zur ungenauen Perzeption der ökonomischen Ungleichheit und zur Rolle der Medien bei der Ungleichheitsperzeption skizziert. Dann werden das eigene Online-Survey mit Befragungsteil und Experimenten dargelegt. Das Kapitel zu den Resultaten stellt zum einen multivariate Analysen zum Einfluss der perzipierten Einkommenssteuer wie auch sozio- und egotropischer Urteile auf die Präferenz für eine Vermögenssteuer. Zudem können Framing-Experimente zeigen, wie sehr Bürger für in den Medien präsente Argumente „erreichbar“ sind. Es zeigt sich ein „Irrtum“ in den Köpfen der Befragten – ein bias in Richtung zu hoch geschätzter Steuerbelastung zugunsten der Wohlhandenden, die die politische Nachfrage nach Vermögenssteuern senkt. Allerdings sind Steuerfakten nachrangig gegenüber der subjektiv zu großen Ungleichheit in Deutschland. Die Framing-Experimente dokumentieren, dass die Angst vor Arbeitsplatzverlusten dominiert, sprich die Unterstützung für eine Vermögenssteuer am meisten nach unten zieht.

¹ Zur Rolle von Interessengruppen in den USA, die teure Kampagnen finanzieren, um die öffentliche Meinung zur Einkommensungleichheit zu lenken, siehe Hacker und Pierson (2010).

² In aktuellen Debatten findet man beide Seiten der Konstellation in aller Klarheit wieder (Piketty 2015).

2. Stand der Forschung

Die maßgeblichen Zugewinne der Reichen im Vergleich zu den mittleren und unteren Einkommensschichten (Scholz 2010; Anselmann/Krämer 2015) befeuern Debatten um höhere Steuern für Reiche – ob Erbschafts-, Vermögens- oder Spitzensteuer. Inwieweit ein steuerlicher Zugriff auf Spitzeneinkommen und Vermögen die Mittel beschaffen kann, um öffentliche Güter und gesellschaftlich erwünschten sozialen Ausgleich zu finanzieren, ist kontrovers ().

Da das Paper die politische Ökonomie der umverteilenden Politik bzw. die Antriebskräfte im demokratischen Prozess für „Reichensteuern“ diskutiert werden, konzentriere ich mich auf entsprechende Arbeiten der Einstellungsforschung zur Formation politischer Präferenzen für entsprechende public policies. Die Einstellungsforschung meint, dass die Sichtweisen der BürgerInnen die *legitimatorische* Basis sind, mal aus einer demokratietheoretischen, mal aus einer handlungstheoretischen Perspektive. WählerInnen vergeben Zustimmung für Programme, die sie nach ihrer Situationsdefinition – hier bezüglich des Umfangs an Ungleichheit oder der Eignung spezifischer Politiken – für richtig halten. Dass sich politische Eliten bemühen, diese Definitionen in ihrem Sinne zu lenken (Jacobs/Shapiro 2000; Faas/Schön 2010), oder dass Präferenzen auch „unenlighted“ sein mögen (Bartels 2008), thematisiert die Einstellungsforschung wenig.

Im Jahr 2007 stimmten nur 35% der Bevölkerung einer Vermögensteuer zu (Bertelsmannstiftung Pressemitteilung 10.12.2007).³ 2012 ermittelte Forsa in einer Umfrage im Auftrag der NGO *Campact*, dass 77% der Befragten eine Vermögensabgabe als gerechte Beteiligung großer Vermögen an den Lasten der Finanzkrise unterstützen.⁴ Auch wenn man diese Ergebnisse wegen des parteilichen Auftraggebers der Studie mit Skepsis betrachtet, kommen auch andere Befragungen wie die vor der Bundestagswahl 2013 von Infratest dimap durchgeführte, zu hoher Akzeptanz mit 66% Zustimmung. Im Dezember 2019 fanden dann 72% der Befragten Vermögensteuern angemessen (ARD Deutschland-Trend).⁵ Meine eigenen im November 2020 erhobenen Daten ergaben 66% Zustimmung für eine Vermögensteuer (siehe Tab. A1 im Anhang). Die Resultate der unterschiedlichen Befragungen sind zwar nicht direkt vergleichbar, aber der Anstieg der Unterstützung nach 2007 ist vermutlich ein Ergebnis der inzwischen erfolgenden Politisierung der Vermögenssteuern durch einige Parteien. Die Mehrheit unterstützt demnach Vermögenssteuern, wenn „naiv“ gefragt wird ohne die in politischen Diskursen übliche Gegenrede oder das Abwägen von Nebenfolgen.

Auch jenseits der Demoskopie ist die Besteuerung „Reicher“ ein Thema der Sozialforschung, steht sie doch im Fadenkreuz aus Selbstverständlichkeit (bei hoher Vermögensungleichheit) und liberaler Kritik am Zugriff auf die Erträge privater Wirtschaftssubjekte. Vignettenstudien zeigen, dass Rechtfertigungsmuster und Rahmenbedingungen die Akzeptanz zur Belastung Vermögender variieren lassen (Sachweh/Eicher 2018). Die „geglaubten“ Gründe für Reichtum – wie individuelle Leistung oder aber privilegierte Herkunft – sind entscheidend, ob Vermögen verdient oder unverdient erscheint. Ähnliche Deutungsmuster finden Groß und Lang (2018) in Bezug auf Erbschaftssteuern: Das Argument „Durch Eltern verdientes Vermögen müsse in der

³ <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/pid/umfrage-bevoelkerung-sieht-soziale-schieflage-in-deutschland>. Abruf 20.05.2020.

⁴ So waren von den 1005 Befragten die Hälfte aus Nordrhein Westfalen.

⁵ <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend-1897.html>. Abruf am 20.05.2020.

Familie bleiben“ wirkt als Veto gegen die zunächst nicht abwegige Idee Reiche stärker zu besteuern (zu Erbschaftssteuern auch Beckert 2000).

Zu den Studien zu „Reichensteuern“ lassen sich auch die zu *progressiven* Steuern zählen. Wieder werden *beliefs* nun über Fairness als entscheidende Determinante noch vor dem Eigeninteresse an Steuern ermittelt (Hennighausen/Heinemann 2014). Für die Rolle von Interessen spricht aber die institutionentheoretische Studie von Berens/Gelepithis (2019): Auf Arme konzentrierte Sozialleistungen mindern die Unterstützung für progressive Steuern, breit über die Sozialschichten gestreute Leistungen hingegen steigern sie. Die Mittelschicht favorisiert progressive Steuern nur, wenn sie auch davon profitiert. Die ebenfalls in „comparative welfare attitudes“ verankerte Studie von Roosma et al. (2016) macht individuelle Profile aus, die progressive Steuern legitimieren. Studien, die in bestimmten *beliefs* oder Wertmustern die Legitimationsgrundlagen für Vermögenssteuern sehen, haben ein begrenztes Forschungsprogramm, das Wertmuster wie eine Substanz begreift, nicht als kommunikativ vermittelte Größe. Politische Einstellungen werden als Einbahnstraße konzipiert: Die Wirkung geht von basalen beliefs zu den Politiken.

Die Formation politischer Präferenz sollte dynamischer modelliert und deren Abhängigkeit von politischer Kommunikation berücksichtigt werden. Dafür sprechen auch die oft diffusen Kenntnisse der Befragten über die Wirkungsweise des Sozial- und Steuersystem und die vagen Vorstellungen über die Umverteilungseffekte von Steuern (Barnes 2015; Kim et al. 2016). Diese Befunde lassen erwarten, dass Bürger Orientierung in Mediendiskursen suchen. Die Präferenzformation schließt ein, dass Interessengruppen mit strategischer Kommunikation für eigene Positionen werben und die öffentliche Meinung überzeugen wollen, wie dies der Begriff „*crafted talk*“ konzipiert (Jacobs/Shapiro 2000). Auch die Politikwissenschaftler Scheve und Stasavage betonen zwar die Sichtweisen der Bürger: „*Societies tax the rich when people believe that the state has privileged the wealthy, and so fair compensation demands that the rich be taxed more heavily than the rest.*“ (2016: 4), binden diese aber in Auseinandersetzung um die „Definition der Tatsachen“ ein. Selbst wenn in Demokratien mit gleichem Wahlrecht formal die Mehrheit Reichensteuern auferlegen kann, hat die Wirtschaft strukturelle Macht und gute Durchsetzungschancen, indem sie die „*adverse incentive effects*“ aktiviert (a.a.O.: 12): Sie bringt die Sorge ins Spiel, dass bei stärkerer steuerlicher oder anderweitiger Belastung vermöglicher Investitionen unterbleiben, Firmen abwandern und Arbeitsplätze fehlen. Die Wirtschaft fungiert als Gegenspieler in öffentlichen Debatten um Steuern für Wohlhabende. Die strukturelle Macht der Wirtschaft ist für abhängig Beschäftigte kaum zu negieren.⁶ In der Schweiz scheiterte ein Referendum zur Einführung einer Erbschaftsteuer, deren Ertrag in bessere Grundrenten fließen sollte, an einer Medienkampagne, die die Belastung kleiner und mittlerer Familienunternehmen und wegfallende Arbeitsplätze ins Zentrum stellte (Emmenegger/Marx 2018).

Die Interessenorganisationen der „Wohlhabenden“ erinnern in den Medien kontinuierlich an mögliche adverse Effekte (Köppe et al. 2007), während Organisationen weniger Einkommensstarker ebenso konstant danach streben, die Privilegierung „der Reichen“ sichtbar zu machen

⁶ Streecks Analyse zum „Investitionsstreik“ der Unternehmen in den 80er und 90er Jahren ist ein Beispiel für wahrgemachte „inverse Effekte“ mit der Folge steigender Arbeitslosigkeit (2013: 45).

(Bank 2017; Smith Ochoa 2019). Wie nachhaltig der *crafted talk* letztlich die Präferenzen zur Vermögenssteuer beeinflusst, wird unten mit Framing-Experimenten geprüft (Kap. 4.2). Das nächste Kapitel resümiert zunächst die Forschung zu verzerrten Ungleichheitsperzeptionen.

Die Perzeption von Ungleichheit

Da nicht schon die faktische Ungleichheit Forderungen nach einer korrigierenden Sozial- und Steuerpolitik auslöst, interessiert sich die Forschung zunehmend für die Perzeption wirtschaftlicher Ungleichheit und zeigte Ungenauigkeiten in vielen Bereichen. So stimmen weder die geschätzte und die objektive *Armutquote* (Gimpelson/Treisman 2015), noch die geschätzte und die faktische Arbeitslosenquote (Niehues 2019) überein.

Auch in Bezug auf *gesellschaftliche Verteilungsstrukturen* wird Bias deutlich: der Großteil der Befragten glaubt, die meisten Deutschen lebten in den unteren Einkommensdezilen nahe oder unter der Armutsschwelle, obwohl *faktisch* die Mehrheit der Deutschen der Mitte zuzuordnen ist (Niehues 2014). Bürger der Niederlande oder der Schweiz stufen die Einkommensverteilung ihrer Länder hingegen realistisch als Mittelschichtgesellschaft ein. Diese begrenzten, auf wenigen Items beruhenden Befunde dienen Ökonomen als Beleg einer „gehyperten“ Ungleichheitswahrnehmung (Bank 2017), was allerdings disparate Resultate ausblendet. Andere Forschung sieht eine allmähliche Anpassung der Ungleichheitsperzeptionen an die gestiegene Ungleichheit. Letzte bildet den Kontext, in dem Ungleichheit seltener als ungerecht beurteilt wird (Trump/White 2018; Schröder 2017).

Bei der *Selbsteinstufung* in der Sozialhierarchie existiert ein typischer Bias, den bereits Wegener (1987) beschrieb. Befragte aus Einkommensdezilen unterhalb der Mitte verorten die *eigene* Einkommensposition höher, Befragte der Dezile oberhalb der Mitte jedoch weiter unten ein, als es ihrer objektiven Einkommensposition entspricht. Dieser kognitive Mechanismus lässt die Einkommensdiskrepanzen subjektiv schrumpfen. Die aktuelle ökonomische Forschung zu perzipierter Ungleichheit (Bublitz 2016; Engelhardt/Wagener 2018) betrachtet die „verharmloste“ Selbsteinstufung als ein Informationsdefizit, durch das sich „unangemessene“ Präferenzen in Bezug auf Umverteilungspolitik bildeten. So erzielten Experimente, die über die faktische Position „aufklären“, dass Bezieher hoher Einkommen ihre Unterstützung für redistributive Politik herunterschrauben.

Frühe Studien befassten sich zudem mit der Einschätzung von Löhnen in typischen Berufen. Sie stellten fest, dass Einkommen von Berufen an der Spitze der Berufshierarchie geringer als sie faktisch sind geschätzt werden, die Löhne am unteren Ende für einfache Arbeiter eher überschätzt (Kelley/Evans 1993; Osberg/Smeeding 2006). Dies scheint sich verändert zu haben: Spitzeneinkommen werden überschätzt, die Löhne am unteren Ende der Einkommensskala hingegen unterschätzt (Pontusson et al. 2020: 10).

Auch Ungleichheitsaspekte, die in Urteile über eine Vermögenssteuer einfließen dürften, sind biased. So wird die Konzentration der *Vermögen* am oberen Ende unterschätzt (Bartels 2008; Norton/Ariely 2010). Auch die perzipierte Steuerbelastung ist relevant: Die von Haushalten mit geringen Einkommen gezahlten Steuern werden überschätzt, die von Haushalten mit hohem Einkommen gezahlten Steuern hingegen unterschätzt (Niehues 2019).

Insgesamt sind die Diagnosen zu Ungleichheitsperzeptionen uneinheitlich. Es liegen sowohl Befunde zu „überspitzt“ wahrgenommener (Hüther/Diermeyer 2019) als auch zu „verharmloster“ Ungleichheit vor. Die These, dass übersteigert perzipierte Ungleichheit zu verzerrten politischen Präferenzen hinsichtlich der nötigen Politik führen (Niehues 2014 und 2016; Diermeier et al. 2017), ist empirisch unsicher. Daher klärt die eigene Studie zunächst, ob Fakten, die für die Akzeptanz der Besteuerung „Reicher“ relevant sind, verzerrt wahrnehmen werden: Wie ungenau ist das subjektive Wissen der Bürger über die steuerliche Belastung der Spitzeneinkommen und hat dies Folgen für die politische Unterstützung der Vermögensteuer der Befragten?

Hypothese 1 testet: *Die Unterstützung der Vermögensteuer steigt, wenn die steuerliche Belastung der Reichen niedriger geschätzt wird, als sie tatsächlich ist (und umgekehrt).*

Neben der Perzeption der unmittelbar mit bestimmten *public policies* verbundenen Fakten, sind auch die Ungleichheitswahrnehmungen in Bezug auf die Gesellschaft (soziotropische Urteile) und die eigene Position (egotropische Urteile) vermutlich wichtige Determinanten der Nachfrage nach Vermögensteuern. Getestet wird, wie die Wahrnehmung der *gesellschaftlichen* Ungleichheit wie auch der *eigenen* Position die Unterstützung einer Vermögensteuer prägen.

Hypothese 2a: *Je stärker die Perzeption ausgeprägt ist, die Gesellschaft sei zu ungleich, desto eher wird die Besteuerung des Vermögens unterstützt.*

Hypothese 2b: *Je höher Befragte ihre eigene Stellung in der Einkommenshierarchie einschätzen, desto eher lehnen sie eine Vermögensteuer ab.*

Medien und Ungleichheitsperzeptionen

Erstaunlich selten wird die Medienberichterstattung als Ursache für verzerrt perzipierte wirtschaftliche Ungleichheit untersucht (McCall 2013; Happer/Philo 2013; Petring 2016). Es spricht aber vieles dafür, dass die Einschätzung gesellschaftlicher Ungleichheit medienvermittelt ist (Mutz 1998). Auch Präferenzen für Vermögenssteuern dürften durch die Medienberichterstattung beeinflusst sein. Das abgelehnte Referendum zu einer Erbschaftssteuer in der Schweiz (Emmenegger/Marx 2018) oder die Unterstützung für eine Steuerreform in Amerika, die die schmale Schicht der Reichen deutlich, die Masse der Bürger aber wenig entlastete, sprechen für den Einfluss der in den Medien verwendeten frames (Bartels 2008, Chap. 6).

Man unterscheidet *Agenda-Setting*, *Priming* und *Framing* als Mechanismen, über die Medien die “Köpfe“ der Bürger erreichen. Bei *Agenda-Setting* und *Priming* handelt es sich um Effekte, die unbewusste Informationsverarbeitung erzielt. Framing hingegen basiert auf eher bewusst verarbeiteten Argumenten (Entman 2007).⁷ Für den *Agenda-setting-Ansatz* prägt schon die *Häufigkeit* des Auftauchens eines Thema in den Medien, ob das Publikum es als salient betrachtet (Maurer 2010). Denn was Medien oft berichten, ist für die Präferenzbildung verfügbar (Zaller 1992). *Agenda setting*-Effekte werden aufgespürt, indem die Intensität der Medienbe-

⁷ Diese Abgrenzung wird zwar als unscharf kritisiert. Jedoch sind glatte Definitionen angesichts einer Empirie, in der Übergänge existieren, wenig hilfreich.

richterstattung über ein Thema in der Zeit vor der Messung der jeweils interessierenden Einstellungen erfasst wird. Wenn die Einstellungen mit der Intensität der Berichterstattung schwanken, liegt ein Medieneffekt vor.

In der ungleichheits- und public-policy-bezogenen Einstellungsforschung existieren nur wenige Studien zu Medieneffekten. Teils handelt es sich lediglich um Medieninhaltsanalysen zu ökonomischer Ungleichheit (Bank 2017; Smith Ochoa 2020) oder über Vermögensteuern (Lichtenstein 2016; Thein/Griesold 2020).⁸ Schröder und Vietze (2015) prüfen die Beziehung zwischen Ungleichheitsentwicklung und Auftauchen des Themas in den Medien. Ob die Medieninhalte vom Publikum rezipiert werden und steuer- oder sozialpolitische Einstellungen beeinflussen, bleibt offen.

Eine frühe, einflussreiche Studie zu Medieneffekte bietet Gilens (1996, 1999). Indem die US-Medien die afroamerikanische Bevölkerung überproportional häufig als Bezieher von Sozialleistungen präsentieren, kann offenbar die Unterstützung der Bevölkerung für Sozialausgaben gesenkt werden.⁹ Aktueller ist der Beitrag von Diermeier et al. (2017) zu Agenda-setting Effekten. Er nutzt zum einen Sekundärdaten zur Häufigkeit der Medienberichterstattung, zum anderen Einstellungsdaten des sozio-ökonomischen Panels. Eine intensivere Berichterstattung über Ungleichheit vor dem Interview geht einher mit mehr Befragten, die mangelnde Gerechtigkeit in Deutschland kritisieren. Der Effekt tritt umso eher ein, je mehr Tage berichtet wurde. Welche Medieninhalte Befragte tatsächlich rezipierten, bleibt allerdings offen. Zudem liegt die abhängige Variable „Gerechtigkeitsperzeptionen“ nur für eine Welle vor. Nur die zweite abhängige Variable - Zufriedenheit mit der Wirtschaftslage in Deutschland - deckt einen längeren Zeitraum ab (2001 – 2015). Fraglich ist auch, ob die Medienberichterstattung mit Daten zur *Häufigkeit* der Berichte zu Ungleichheit¹⁰ ohne Differenzierung des ‚tone‘ (Tonfall) ausreichend erfasst sind. Die Autoren setzen scheinbar voraus, dass Berichte zu Ungleichheit per se einen negativen *tone* haben, so dass höhere Berichtintensität perzipierte Ungerechtigkeit fördert. Medien berichten aber auch positiv über Ungleichheit (steigende Löhne, weniger Arbeitslose, Wirtschaftswachstum, mehr Armut nur wegen Fluchtmigration, etc.). Allein die Auszählung der Häufigkeit des Themas Ungleichheit leitet in die falsche Richtung.

Agenda-Setting Effekte liegen zwar nahe angesichts der ab 2007 deutlich gestiegenen Unterstützung für Vermögenssteuern nahe, lassen sich aber mit den Querschnittsdaten meiner eigenen Studie nicht testen. Sie prüft in einem ersten Schritt den Einfluss der Intensität der individuellen Mediennutzung auf die Unterstützung einer Vermögenssteuer. Denn intensivere Mediennutzung sollte mehr Informationen und ein größeres Spektrum an Argumenten zur Vermögenssteuer verfügbar machen.

⁸ Gängiger ist Agenda-Setting-Ansatz in der Forschung zur Akzeptanz der Europäischen Integration oder der Migration (Schuck/de Vreese 2006; Vliegthart et al. 2006; Schemer 2014; Czymara/Dolchow 2018).

⁹ Gilens Studien ist ebenso ein Beispiel für Priming, da es um die unbewusste Wirkung der in den Medien gezeigten Bildern von Schwarzen geht.

¹⁰ Die verwendeten Sekundärdaten der Firma *Media-Tenor* haben den Vorteil, dass auch Nachrichten in ARD und ZDF wie auch die Bildzeitung (neben Focus und Spiegel) berücksichtigt werden. Diese schwerer langfristig zugänglichen Medientypen fehlen in den meisten Medieninhaltsanalysen, die sich auf digital zugängliche Archive der deutschen Qualitätszeitungen stützen.

Hypothese 3: Je intensiver Medien genutzt werden, desto eher werden Vermögensteuern befürwortet.

Primär aber möchte die vorliegende Studie dem Defizit von Agenda-Setting-Studien, die individuelle Medienexposition offen lassen, begegnen. Durch *Framing-Experimente* lässt sich gezielt steuern, welche spezifischen Medieninhalte die Befragten wahrnehmen und deren Einfluss auf die Einstellung zum Issue „Vermögenssteuer“ prüfen. Frames bieten spezifische Darstellungsweisen eines Problems, selektieren Informationen, formulieren Argumente und machen sie aktuell verfügbar. Experimente kontrollieren die Medien-Exposure und Auswirkungen der Frames auf die Urteile über *policy issues* lassen sich messen (Zaller 1992; Druckman 2005; Chong/Druckman 2007). Ein Framingeffekt liegt vor, wenn sich politische Einstellungen unter dem Eindruck bestimmter Medieninhalte ändern. Frames können akzeptiert oder abgelehnt werden. Welche Argumente bei welchen Personengruppen/ Merkmalen wirken, zeigen *differentielle Treatmentanalysen*. Bei Framing-Experimenten werden randomisierten Gruppen bestimmte Treatments vorgelegt und so die individuelle Rezeption bestimmter Inhalte gesteuert. Etwaige Effekte lassen sich den experimentellen *Treatments* kausal zuordnen.

Kritisiert wird, dass Framingeffekte meist in einmaligen Experimenten festgestellt werden, die erzielte Einstellungsänderung aber nicht stabil ist. Wiederholte Einstellungsmessungen nach dem Experiment zeigen, dass der Framingeffekt aus der ersten Runde verschwindet (de Vreese 2004; Maurer 2010; Matthes/Schemer 2012; Schemer 2014; Schmidt-Catran/Czymara 2019). Diese Kritik greift jedoch nicht, wenn Themen wiederholt in den Medien präsent sind. In der politischen Kommunikation über Einkommensungleichheit, Steuer- und Sozialpolitik werden bestimmte Fakten, Argumente und Narrative wiederholt, ja ritualhaft eingebracht, um bestimmte „Probleme“ oder „Lösungsvorschläge“ zu etablieren. Politische Akteure selbst versuchen durch das Wiederholen ihrer Narrative die Medienumwelt zu setzen. Die in der Studie verwendeten idealtypischen Frames aus der Debatte um Vermögenssteuern sind also real häufig für Bürger zu hören.

In der Debatte um Vermögenssteuern sind Rahmen bereits eingeschliffen, da schon nach der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise 2012 die Parteien „Bündnis90/Die Grünen“ und „Die Linken“ Gesetzesentwürfe zu einer Vermögensabgabe einbrachten. Zudem thematisieren linksorientierte Parteien und Organisationen kontinuierlich steigende Einkommensdifferenzen und Vermögenszugewinne der obersten Dezile in den Medien und leiten daraus die stärkere steuerliche Belastung Wohlhabender ab. Rahmen wie der „gerechte Beitrag der Reichen zum Abbau hoher Staatsschulden“ dürfte – mehr oder weniger – bereits in die Einstellungen der Bürger eingeflossen sein. In der Kontrollgruppe dürfte sich bereits die im Durchschnitt hohe Zustimmung zur Vermögenssteuer spiegeln. Auf *Hypothesen zum Effekt der experimentellen Rahmen* wird zugunsten verzichtet. Lediglich eine Hypothese zu differentiellen Effekten scheint sinnvoll, da die Treatments typische Parteipositionen spiegeln.

Hypothese 4: Treatmenteffekte variieren nach der Parteiidentifikation der Befragten. Frames, die erkennbar von Parteien stammen, erzielen bei Anhängern der Partei stärker ausgeprägte Effekte.

3. Methoden und Daten

Die Studie beruht auf einem im November 2020 durchgeführten Online-Survey mit einem Sample von 1300 Befragten. Es enthielt neben Items zu Ungleichheitsperzeptionen auch 3 Framing-Experimente (plus Kontrollgruppe). Die randomisiert gebildeten Gruppen bestehen somit aus je 325 Personen. Durch eine Quotierung für Alter, schulische Bildung, Haushaltseinkommen und Erwerbsstatus wurde ein an die Verteilung in der Bevölkerung angenähertes Sample erzielt (Tab. A2 im Anhang).

Die abhängige Variable, die Unterstützung für eine Vermögensteuer, wird mit einer Likert-Skala erfasst.¹¹ Um den Einfluss von verzerrten Einschätzungen auf verteilungspolitische Einstellungen modellieren zu können, wurde die Abweichung zwischen geschätzter und faktischer Spitzensteuer (momentan 42%) ermittelt. Für eine erste *deskriptive* Auswertung wurde so recodiert, dass Abweichungen von der faktischen Spitzensteuer bis zu 3% toleriert werden. So gelten Schätzungen in der Spanne zwischen 39% und 45% als korrekt. Liegen sie über 45%, sind sie nach oben verzerrt, unter 39% sind Schätzungen nach unten verzerrt.¹² Die multivariate Analyse stützt sich auf eine *kontinuierliche* Variable zur Differenz zwischen geschätztem und faktischem Steuersatz. Positive Werte stehen für *überschätzte* Steuerbelastung (z.B. wenn 60% geschätzt wurde, ergibt sich eine Differenz von 18), negative Werte ergeben sich bei *unterschätzter* Steuerbelastung (z.B. $30-42 = -12$). Je höher der Wert, desto mehr überschätzen Befragte die Last hoher Einkommen.

Ein zweiter Indikator für Perzeptionen, die verteilungspolitische Präferenzen eventuell beeinflussen, ist die geschätzte eigene Position in der Einkommenshierarchie. Die Frage lautete: „Was glauben Sie, wieviel Prozent der Bürger ein geringeres Einkommen als Sie selbst haben.“ Befragte konnten einen Schieberegler auf einer Skala von 0-100 auf die geschätzte Position schieben. Es ergibt sich ein numerisches Maß dazu, wie weit oben (hohe Zahl) bzw. unten (niedrige Zahl) man sich selbst in der Einkommenshierarchie ansiedelt. Diese Einschätzung korreliert zwar höchst signifikant mit dem Netto-Haushalteinkommen, misst aber wegen subjektiver Biases nicht das gleiche. Problematische Multikollinearität tritt in der Regression mit den Kontrollvariablen Bildung und Haushaltseinkommen nicht auf; die VIF-Werte der betroffenen Variablen liegen bei 1.3.

Die *Bewertung der gesellschaftlichen Ungleichheit* wird erfasst mit dem Item „Wie beurteilen Sie die folgende Aussage? Die Einkommensunterschiede in Deutschland sind zu groß“. Die Antwortskala reicht von 1 („stimme überhaupt nicht zu“) bis 5 („stimme voll und ganz zu“) mit den üblichen Abstufungen einer Likert-Skala.

¹¹ Wie sehr unterstützen Sie eine „Reichensteuer“, also eine Steuer auf Vermögen ab 1 Millionen Euro? Antwortvorgaben: lehne voll und ganz ab (1) – lehne ab – teils/teils – stimme zu – stimme voll zu (5).

¹² 30 Personen schätzten den Spitzensteuersatz auf über 80%. Diese Fälle werden ausgeschlossen.

Die Medienrezeption wurde mit Fragen erstens zur Quelle der für politische Informationen genutzten Medien¹³ und zweitens nach der *Häufigkeit* der Mediennutzung erhoben.¹⁴ Die Antworten zu Quelle und Häufigkeit der Mediennutzung wurden zu einem dichotomen Indikator für intensive Mediennutzung (je Medium täglich oder mehrmals pro Woche) transformiert. Er kombiniert die intensive Nutzung von Fernsehen mit der intensiven Nutzung von Zeitungen oder Internet.

Für die Experimente wurden den Printmedien entnommene Aussagen zur Vermögensteuer idealtypisch verdichtet. Ein Frame thematisiert die Staatsverschuldung durch die Corona-Krise als Rechtfertigung für die Beteiligung Vermögender an der Schuldenlast (*Coronaframe*). Ein zweiter Frame enthält, dass die Vermögensteuer „die Kräfte nicht belasten dürfe, die Arbeitsplätze schaffen (*Arbeitsplatzframe*). Ein dritter Rahmen bezeichnet die Vermögensteuer als eine „*wachstumsorientierte Steuerreform*“, durch die nötige Zukunftsinvestitionen in Technologie, Infrastruktur und das Gesundheitswesen möglich würden. Die Frames orientieren sich an einer Vielzahl gesichteter Zeitungsartikel und nutzen solche mit Nähe zur aktuellen politischen Kommunikation.¹⁵ Daher fehlt ein Gerechtigkeitsframe, die zwar noch nach der Finanzmarktkrise, in der Coronakrise aber nicht mehr auftauchten.

4. Resultate

4.1 Exkurs: Die Karriere der Vermögenssteuer

Schon nach der Finanz- und Staatsschuldenkrise wurden im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 vermögensbezogene Steuern gefordert. DIE LINKE¹⁶ wie auch BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN¹⁷ brachten 2012 ihre Gesetzesentwürfe ein. Die SPD platzierte sich nicht eindeutig, obwohl sie sich kontinuierlich zugunsten einer Vermögenssteuer geäußert und ein Gutachten beauftragt hatte (Bach 2016). Dieses stellt hohe Steuereinnahmen und geringe Erhebungskosten in Aussicht, was Kritiker einer Vermögenssteuer bislang in Frage stellten. Neben den Parteien beteiligten sich seit 2012 der Paritätische Gesamtverband¹⁸, die Gewerkschaften¹⁹ und Verdi²⁰ an der Debatte, unter anderem indem sie Repräsentativbefragungen zu Einstellungen der Bevölkerung zur Vermögenssteuer beauftragten und in den Medien vorstellten.

¹³ „Es gibt unterschiedliche Quellen, aus denen man sich über Politik informieren kann. Woher bekommen Sie aktuell die meisten Informationen über Politik?“. Die Optionen Fernsehen, Internet, Radio, Zeitung (auch Internetausgabe), persönliche Gespräche, soziale Medien wie Facebook und Twitter können je einzeln dichotom (ja/nein) mehrfach gewählt werden.

¹⁴ Antwortoptionen täglich, mehrmals die Woche, mehrmals im Monat, mind. 1mal pro Monat, seltener, nie.

¹⁵ Clemens Fuest: Kosten und Nutzen einer deutschen Vermögensteuer. Frankfurter Allgemeine Zeitung 04.10.2019 (Wirtschaft, Seite 18) und Olaf Scholz: „Viele Löhne sind eine Beleidigung.“ Interview geführt und veröffentlicht durch die Frankfurter Allgemeine Zeitung 31.10. 2020 (Wirtschaft S. 18), dennoch exemplarisch für die aktuelle sozialdemokratische Position.

¹⁶ BT-Drucksache 17/10778. Gesetzesvorschlag Die Linke: Reichtum umFairteilen.

¹⁷ BT-Drucksache 17/10770. Gesetz zur Erhebung einer Vermögensabgabe.

¹⁸ Umfrage zu „Gerechtigkeit in Deutschland: Einstellungen der Bevölkerung zu Fragen der Verteilungsgerechtigkeit und Steuerpolitik“.

¹⁹ DGB Bundesvorstand 2019: Vermögensteuer: ein Gebot der Gerechtigkeit. Klartext Nr. 8/ 2019.

²⁰ Instrumente gegen die Krise. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung in Deutschland. Oktober 2012.

Die Kritik reagierte auf die Gesetzesentwürfe mit einem Gutachten (Hey et al. 2012), das Reichensteuern aus juristischer und ökonomischer Sicht negativ bewertete und Probleme bei der Feststellung von Vermögen wie auch negative wirtschaftliche Effekte unterstrich. Auch 2019 werden wieder negative ökonomische Effekte der Vermögenssteuer betont, diesmal u.a. durch eine Studie des Kieler Weltwirtschaftsinstituts im Auftrag des „Haus- und Grundbesitzerverbandes“. Ähnlich äußerte sich der BDA (Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände) gegen höhere Steuern auf Spitzeneinkommen und Vermögen (<https://arbeitgeber.de/newsroom/publikationen/>). Zudem wird eine dauerhafte Abgabe mit Verweis auf Artikel 14 des Grundgesetzes als verfassungswidrig bezeichnet.

Im Rahmen der Bundestagswahl 2017 profilierten sich die Parteien mit Steuerthemen. Die CDU lehnt Steuererhöhungen ab, die Mittelstand und Facharbeiter trafen, und sieht wegen der geringen Verschuldung und Einhaltung des 3%-Kriteriums der Europäischen Union, einer starken Wirtschaft und „solider Haushaltspolitik“ wenig Anlass für Vermögenssteuern. Grüne sprechen sich für einen höheren Beitrag Vermögender zum Gemeinwesen aus, mithin für Vermögenssteuern, gehen aber nicht ins Detail. Die SPD plant „Reichensteuern“, konkret einen Aufschlag von 3% auf den Spitzensteuersatz für Erwerbseinkommen und eine Erbschaftssteuerreform, aber keine Vermögenssteuer. In den Sondierungsgesprächen zur Großen Koalition nach der Wahl und nachdem eine Jamaika-Koalition aus FDP, Grünen und CDU scheiterte, wurde Anfang 2018 zunächst eine auf 45% erhöhte Spitzensteuer verhandelt, um höhere Einkommen an öffentlichen Ausgaben zu beteiligen. Pläne zur Spitzensteuer ließen sich aber nicht gegen den größeren Koalitionspartner durchsetzen. In den Medien wog man anschließend ab, wie der erzielte Kompromiss hinsichtlich der angestrebten Beteiligung Wohlhabender zu bewerten ist und ob der für Reiche fortbestehende Solidaritätszuschlag und die Grunderreife reform zufriedenstellend sind. Als im November 2018 die SPD mit dem Ende der GroKo drohte und sich nun der Vermögenssteuer zuwandte, wurde die Berichterstattung darüber intensiver.

2018 war auch die Abschaffung der Vermögens- und Reichensteuer, aber Einführung einer Benzinsteuern in Frankreich durch Macron, die zugespitzte Proteste der „Gelbwesten“ auslösten, häufig in deutschen Medien. Diese Proteste unterstützen die Aufmerksamkeit für „Reichensteuern“ in der deutschen Öffentlichkeit.

Im Laufe des Jahres 2019 intensivierte sich die Kontroverse zwischen Beiträgen pro und contra einer Vermögenssteuer. Erste stützen sich auf die „aufgehende Schere zwischen Arm und Reich“ sowohl bei Einkommen als auch Vermögen. Letzte verweisen auf zu erwartende Schäden für kleine und mittlere Unternehmen und auf Probleme damit, Steuer auf in Betrieben gebundenes Vermögen zu zahlen. Den Präsidiumsbeschluss zur Vermögenssteuer, den der damalige kommissarische SPD-Vorsitzende Schäfer-Gümbel im August 2019²¹ vorstellte, ließ die Zahl kritischer wie auch zustimmender Reaktionen in der Presse anschwellen. Der Beschluss der SPD zur Vermögenssteuer auf dem Parteitag im Dezember 2019 festigte die neue Position²² und intensivierte die Auseinandersetzungen in der Presse bis in die ersten Monate des Jahres 2020 hinein. Die ab März um sich greifende Corona-Pandemie verschob die Rahmung der Vermögenssteuer, die nun als eine einmalige Vermögensabgabe zum Abfedern

²¹ <https://www.spd.de/aktuelles/vermoegensteuer/>

²² <https://www.spd.de/standpunkte/steuern/>

coronabedingt hoher Staatsschulden gefordert wird – wenn sie überhaupt befürwortet wird. Für liberale Ökonomen ist eine Vermögenssteuer weiter unnötig, da die Schuldentragfähigkeit Deutschlands gegeben sei (IFO-Schnelldienst 2020).

Sowohl 2012/13 als auch 2020 steht eine *einmalige* Vermögenssteuer zur Debatte, die Bezieher sehr hoher Einkommen und Vermögen an der Staatsschuldenfinanzierung beteiligt. Während Befürworter vor der Coronakrise die Konzentration der Vermögen und Gerechtigkeitsargumente anführten (Beschluss SPD Bundesparteitag)²³, werden seit 2020 nur noch die Beteiligung am Schuldenabbau und an Zukunftsinvestitionen in Digitalisierung, Infrastruktur und Gesundheitswesen als Argumente für Vermögenssteuer präsentiert. Die Grünen formulieren bei ihrem Bundesparteitag Ende 2020 anders als zur Bundestagswahl 2013 nicht mehr, eine Vermögenssteuer einführen zu wollen, sondern bleiben vage, um besserverdienende Mittelschichtwähler nicht zu verprellen. Die LINKE, die Vermögenssteuer stets auch aus Gerechtigkeitsbegründungen fordert, beauftragte erneut ein Gutachten beim DIW (Bach 2020), über das die Tagesthemen am 3. November 2020 ausführlich berichteten. Die CDU/CSU lehnt neue Steuern ab, um die Wirtschaft in der Krise nicht zusätzlich zu belasten.²⁴

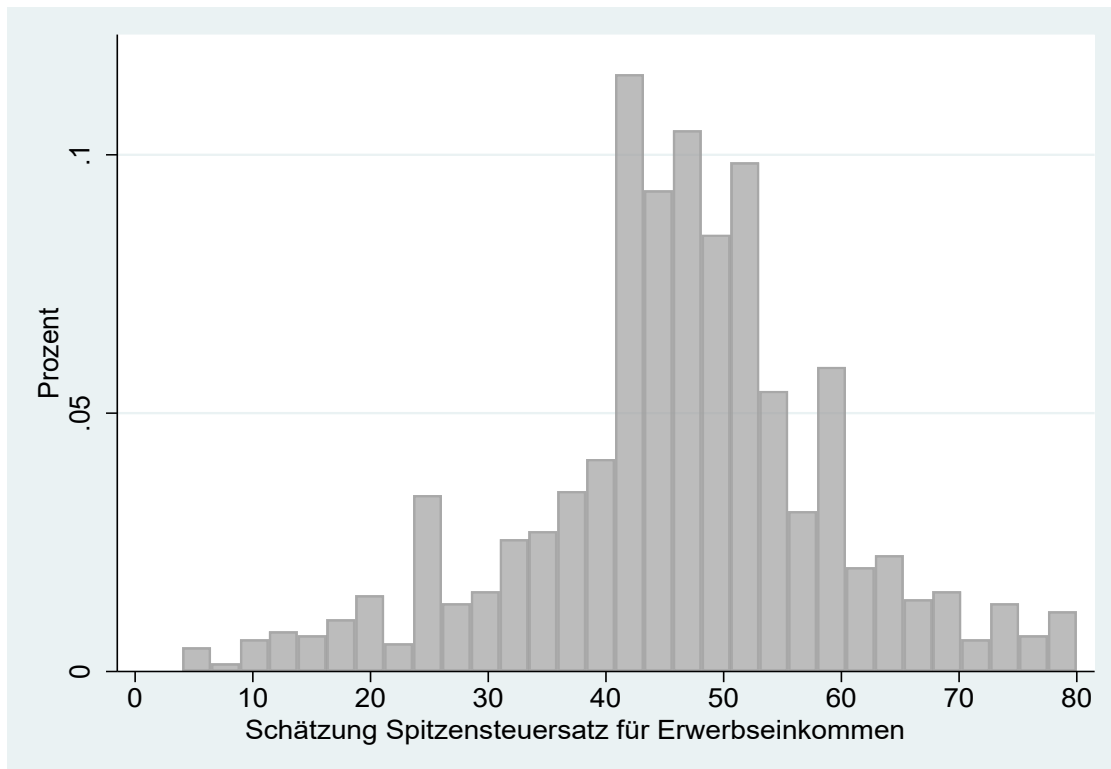
4.2 Die Rolle der Perzeptionen

Sind Perzeption tatsächlich ungenau und hat dies Folgen für die politische Nachfrage? Was glauben die Befragten, wie sehr Wohlhabende bereits steuerlich belastet werden? Im Durchschnitt schätzen Befragte die *Spitzensteuer* auf 47%, überschätzen also den seit 2002 bei 42% festgelegten Satz. *Abbildung 1* betrachtet die Schätzungen etwas detaillierter. Die meisten haben offenbar ein recht genaues Wissen und schätzen die Steuer im Bereich zwischen 40 und 45%. Wenn Bias vorliegt, dann weicht die wahrgenommene Spitzensteuerbelastung öfter nach oben ab als nach unten. Anders formuliert: Bürger gehen öfter von einer höheren Einkommensteuerbelastung der Spitzenverdiener aus als dies faktisch zutrifft. Korrekte Schätzungen im tolerierten Korridor machen 26% der Befragten, zu gering schätzen 20% der Befragten die Spitzensteuer und 55% überschätzen die Spitzensteuerbelastung.

²³ https://indieneuzeit.spd.de/fileadmin/pv/Dokumente/BPT2019/Beschluesse/B11_Die_Vermoeegensteuer_wieder_einfuehren_Verteilungsgerechtigkeit_herstellen.pdf

²⁴ Siehe Audio unter <https://www.ardaudiothek.de/tagesschau/03-11-2020-tagesschau-20-00-uhr/82658120>; oder Video: <https://www.ardmediathek.de/daserste/video/tagesschau/tagesschau-20-00-uhr/das-erste/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RILmRIL3RhZ2Vzc2NoYXUvNjNkMDU0YTAtMT-FiMC00OWM0LTljMWItN2lONzFIYjIwOTJi/>.

Abbildung 1: Geschätzte Höhe der Spitzensteuer



Anmerkung: Online Survey Vermögensteuer 2020.

Beeinflusst die Fehleinschätzung des Spitzensteuersatzes auch die Zustimmung zu Vermögensteuern? Die Resultate der OLS-Regression in Tabelle 1, Modell 1 geben Aufschluss darüber. Im Basismodell mit wenigen sozio-ökonomischen Kontrollvariablen (Schulbildung, Haushaltseinkommen, Geschlecht) erzielt der Grad der Fehleinschätzung einen höchst signifikanten negativen Koeffizienten: Da positive Werte die überschätzte Spitzensteuer erfassen, gilt: Je eher hohe Einkommen schon durch die Spitzensteuer belastet wahrgenommen werden, desto weniger wird eine Vermögensteuer unterstützt. Der Beitrag zur Varianzaufklärung ist mit 3,4% jedoch klein, auch wenn die Fehleinschätzung durchaus einflussreicher als die soziodemografischen Merkmale Haushaltseinkommen, Bildungsniveau und Geschlecht ist.

Im Vergleich zur Fehlperzeption der Spitzensteuer ist die *Wahrnehmung der Ungleichheit* entscheidender für die Unterstützung für Vermögensteuer (Modell 2). Wird gesellschaftliche Ungleichheit als zu groß bewertet, steigt der Wunsch nach einer Vermögensteuer höchst signifikant an und die aufgeklärte Varianz liegt bei 11%. Demnach ist ein diffuses Unbehagen an der Ungleichheit viel wichtiger als Detailwissen zur Spitzensteuer.

Modell 3 nimmt die Einschätzung der *eigenen Einkommensposition* auf. Je höher die eigene Einkommensposition wahrgenommen wird, desto weniger wird die Vermögensteuer unterstützt. Da die Selbsteinstufung und das faktische Haushaltseinkommen stark korrelieren (Pearsons $R=0.4^{***}$), nimmt die Präsenz des Perzeptionsitems die durch das Einkommen erklärbare Varianz auf; letztes wird noch unbedeutender. Die Wahrnehmung der eigenen Position in der Einkommenshierarchie erklärt die Unterstützung für das verteilungspolitische Instrument „Vermögensteuer“ griffiger als das *faktische Einkommen*. Die Information zum Haus-

haltseinkommen gab Erklärungskraft bereits in Modell 2 an die Kritik an gesellschaftlicher Ungleichheit ab, in Modell 3 nochmals an die Perzeptionsvariable. Die subjektive eigene Position ist im Vergleich weniger einflussreich als die Unzufriedenheit mit *gesellschaftlicher Ungleichheit*. Dass politische Einstellungen stärker durch den Blick auf das Ganze beeinflusst werden als durch die eigene Position, beobachten auch Mutz (1998) oder Studien zu *economic voting*: Die Parteienwahl wird stärker durch die Einschätzung der nationalen ökonomischen Lage als durch die geschätzte eigene Wirtschaftslage bestimmt (Lewis-Beck/Stegmaier 2007; Brenke/Kritikos 2017).

Tabelle 1: Regression auf Unterstützung der Vermögensteuer

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
Fehleinschätzung	-.013*** (-4.97)	-.012*** (4.98)	-.010*** (3.96)	-.010*** (3.97)
Ungleichheit zu groß	-	.379*** (10.0)	.367*** (9.91)	.352*** (9.41)
Perzeption eigene Position (Skala 1-100)	-	-	-.007*** (4.02)	-.007*** (3.87)
Mediennutzung Politik hoch	-	-	-	.360 (5.20)
Bildung (Ref. Abi, FHreife)				
Hauptschulabschluss	.264* (2.68)	.173 ^t (1.82)	.149 (1.58)	.137 (1.46)
Realschule	.261** (3.14)	.200* (2.50)	.152* (1.89)	.125 (1.57)
Geschlecht weiblich	-.058 (0.82)	-.070 (1.02)	-.095 (1.40)	-.055 (0.81)
Haushaltseinkommen	-.105** (-3.34)	-.037 (-1.19)	.007 (0.21)	-.008 (0.24)
Konstante	4.06 (.132)***	2.30 (.218)***	2.58 (.228)***	2.47 (.227)***
R-Sq	3,9%	11,1%	12,1%	13,9%

Anmerkung: Gezeigt werden *unstandardisierte Koeffizienten*. In Klammern t-statistik; bei Konstante Standardfehler. Daten gewichtet. * = p < .05; ** = p < .01; *** = p < .001. N=1237.

Den Einfluss der Mediennutzung auf die Unterstützung der Vermögensteuer prüft *Modell 4* mit einer Dummy-Variable für das intensive Nutzen von Fernsehen, Zeitungen und Internet mit dem Ziel politischer Information. Die Variable differenziert zwar wenig, bildet aber *media exposure* ab. Sie erzielt einen positiven, höchst signifikanten Koeffizienten. Die Unterstützung für die Vermögensteuer wächst offenbar mit intensiver Mediennutzung. Zugleich wird die Dummy für Realschulbildung im Kontrast zu höheren Abschlüssen insignifikant. Die intensive Mediennutzung kompensiert den negativen Effekt, den hohe Schulabschlüsse sonst üblicherweise für die Sympathie gegenüber Umverteilungspolitik bedeuten.

Die Zustimmung zur Vermögensteuer differiert nach der Partei-Identifikation: Fast alle Anhänger der Linken wollen sie (91%), drei Viertel der Grünen (76%) und der SPD-Anhänger (74%), 58% der Anhänger der CDU/CSU und ähnlich 55% der AFD-Anhänger. Nur die Anhänger der

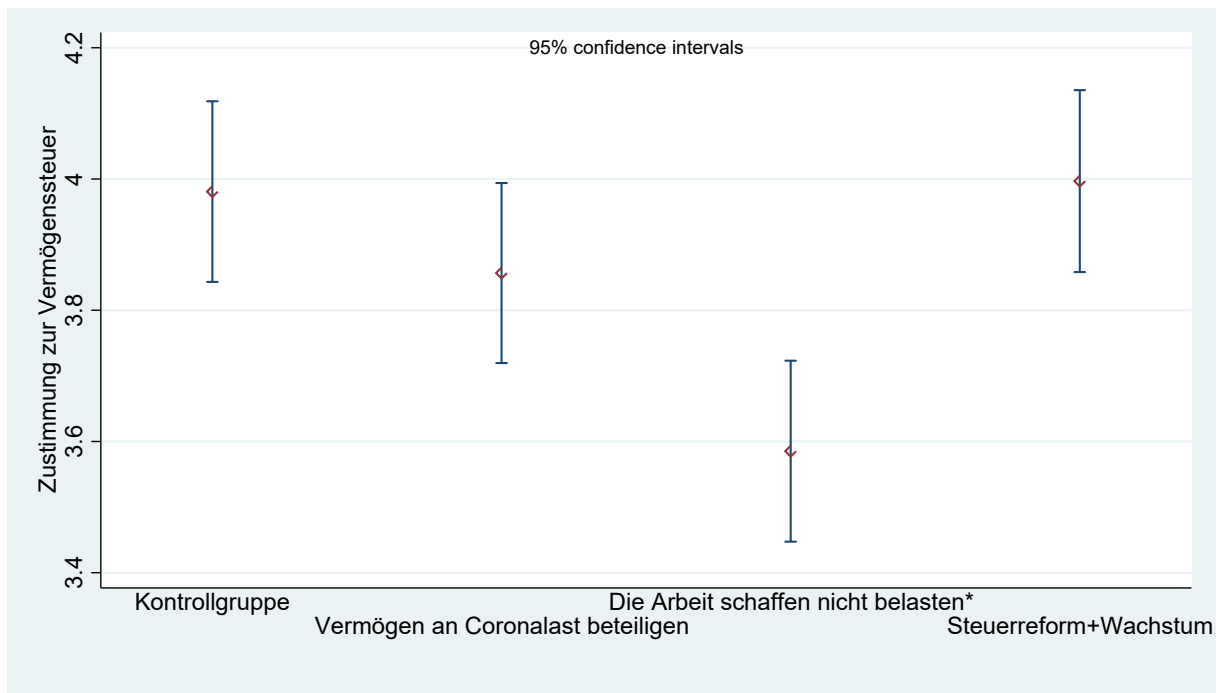
FDP unterstützen sie zu weniger (44%). Die teils deutlichen Parteiunterschiede ergeben große Effekte in der multivariaten Regressionsanalyse. Das R-Quadrat steigt von 13,9% auf 20,3%. Aber die signifikanten Effekte der Wahrnehmungsisems (Schätzung Spitzensteuer, eigene Position, Ungleichheit zu groß) bleiben. Auch die im folgenden analysierten Issue-Frames stammen aus dem Repertoire unterschiedlicher Parteien. Da der Einfluss von Parteien auf Einstellungen zu policy-issues bereits gut erforscht ist (z.B. Slothuus/Freese 2010; Slothuus/Bisgaard 2020), verzichte ich auf eine nochmalige Analyse.

4.3 Frames in den Medien

Erreichen die von politischen Eliten und Interessengruppen in den Medien platzierten Inhalte, die Wähler für die eigene Position zur Vermögenssteuer gewinnen wollen, die Einstellungen der Befragten? Abbildung 2 zeigt zunächst, ob sich die Unterstützung für Vermögensteuern durch die Treatments verändert. Effekte der Treatments werden abgelesen am Unterschied zwischen Kontroll- und Treatmentgruppen bei der outcome-Messung. Nur ein Frame erzielt signifikant andere Antworten als die der Kontrollgruppe. Das Treatment zu Arbeitsplatzrisiken durch eine Besteuerung von Vermögen senkt die Unterstützung im Vergleich zur Kontrollgruppe um 3.6 Skaleneinheiten, was ein höchst signifikanter Unterschied ist ($p \leq 0,001$). Das Argument einer Vermögenssteuer, die die wegen Corona angehäuften Staatsschulden abzubauen hilft oder in Infrastruktur und technologischen Wandel zu investieren sei, bewegt den Wert nicht signifikant über den der Kontrollgruppe. Die Kontrollgruppe hat diese Argumente bereits aufgenommen. Die langfristige mediale Berichterstattung über Zugewinne Wohlhabender bei Einkommen und Vermögen hat die Argumente der Rahmen bereits popularisiert.

Die weitgehend fehlenden Reaktionen auf zwei der Treatments legen einerseits bereits in der öffentlichen Meinung angekommene Pro-Argumente nahe. Der andererseits sehr effektive Arbeitsplatzframe spricht für dessen *Benennungsmacht*. Wenn keine Arbeitsplatzsorgen aktiviert werden, erhalten die Rahmen der Befürworter der Vermögenssteuer weitgehend Zustimmung. Wenn aber verfügbar gemacht wird, dass man „die Kräfte nicht belasten dürfe, die Arbeitsplätze schaffen“ (die Wortwahl ist eng an die in den Medien angelehnt) erodiert der Konsens. Dies entspricht in hohem Masse der einleitend skizzierten Konstellation: Erst der Aufbau einer *Drohkulisse* über „investitionsmüde“ Unternehmer bremst den in Demokratien naheliegenden Anreiz, die Reichen zu belasten (Streeck 2013).

Abbildung 2: Unterstützung für Vermögensteuern nach Treatment



Anmerkung: Mittelwerte der Zustimmung zur Vermögensteuer. N=1237. Daten: Online Survey Vermögensteuer.

Fazit

Das Paper greift die Debatte um den Einfluss der ungenauen Wahrnehmungen ökonomischer Ungleichheit auf die politische Nachfrage auf und prüft, ob ein Bias auch die Unterstützung für ein konkretes verteilungspolitisches Instrument, die Vermögensteuer, prägt. Zudem geht das Paper dem Einfluss der Medienberichterstattung bzw. der politischen Kommunikation auf die perzipierte Ungleichheit nach, ein wenig untersuchtes und durch die Forschung zu sozialpolitischen Einstellungen vernachlässigtes Feld.

Die Formation umverteilungspolitischer Präferenzen unterliegt widersprüchlichen Dynamiken. Obwohl Vermögensteuern scheinbar einfach machbar sind – die Wählermehrheit entscheidet über Steuern, die eine Minderheit der Wohlhabenden belasten – findet ein Kampf um *Benennungsmacht* statt (Bourdieu 1986). Mit Scheve und Stasavage (2016), die zeigen, dass die Einführung von Vermögenssteuern nicht durch objektive Ungleichheit erklärt werden kann, gehe ich vom Ringen zwischen dem Bild einer Privilegierung der Reichen einerseits, und dem Bild einer Überlastung der Reichen andererseits aus. Wirtschaft und Teile der politischen Elite – eine Seite der um Benennungsmacht ringenden Akteure - inszenieren den gesellschaftlichen Beitrag der Unternehmer und erinnert an fehlende Arbeitsplätze, falls gute Bedingungen für Unternehmen fehlen. Die andere Seite erinnert an das Davonziehen der Topinkommen und der Vermögen, die deren Beitrag zum Abbau von Ungleichheit und Schulden rechtfertige.

Die Medien machen diese Darstellungen der Reichen verfügbar und auch, dass eine Belastung der Vermögenden negativ auf Arbeitsplätze wirkt. Kommen diese konkurrierenden Deutungen an?

Wegen der These, dass ökonomische Ungleichheit ungenau perzipiert werde und dann die umverteilungspolitische Nachfrage übersteigert ist, wurde geprüft, ob die Belastung hoher Einkommen durch den Spitzensteuersatz verzerrt wahrgenommen wird und wie dies die Unterstützung für Vermögensteuern beeinflusst. Die Daten des Online-Surveys dokumentieren breite Unterstützung für Vermögensteuern, die sinkt, wenn der Spitzensteuersatz für Gutverdiener zu hoch eingeschätzt wird. Da Befragte die Spitzensteuer öfter über- als unterschätzen, dämpft der dominierende Bias die Sympathien zugunsten der Vermögensteuern. Die Kognition ist also keineswegs in einer Weise verzerrt, die die verteilungspolitische Nachfrage anfacht. Insgesamt schätzen Befragte die steuerliche Belastung Reicher relativ realistisch ein. Dies dürfte damit zusammenhängen, dass die Spitzensteuer in den letzten Jahren oft ein Gegenstand der medialen Berichterstattung war. Der empirisch in dieser Studie nachgewiesene Bias bremst eine politische Nachfrage, die Reiche weiter mit Steuern belastet, eher ab.²⁵

Sehr viel mehr beeinflusst aber das Urteil, die Gesellschaft sei ungerecht, die Unterstützung für eine Vermögensteuer. Auch die geschätzte eigene Lage erzielt einen höchst signifikanten Einfluss: Je höher Befragte ihre Position in der Einkommenshierarchie wahrnehmen, desto stärker lehnen sie eine Vermögensteuer ab. Aber im Vergleich zum soziotropischen Urteil über die gesamte Gesellschaft prägt das egotropische Urteil die *outcome*-Variable, also die Unterstützung einer Vermögenssteuer, sehr viel weniger. Eine Medienstrategie, die generell das Bild einer ungerechten Gesellschaft zeichnet, ist demnach effektiver als Information.

Die medienvermittelte politische Kommunikation ist eine wichtige Komponente der Präferenzbildung. Drei Framingexperimente testeten in den Medien gängige Rahmen zur Vermögensteuer. Die beiden Experimente mit positiven Aspekten der Vermögensteuer – Beitrag zum Schuldenabbau und zu Zukunftsinvestitionen - können die bereits in der Kontrollgruppe hohe Unterstützung nicht weiter steigern. Diese Frames wurden durch langjährige Debatten um Reichensteuern bereits endogenisiert. Aber Interessengruppen der Wirtschaft und wirtschaftsnahe Parteien bringen einen erfolgreichen *Frame* ins Kräftemessen ein: Das Argument, dass man „Kräfte, die Arbeit schaffen“ nicht zu sehr belasten dürfe, da sie sonst abwandern, dämpft höchst signifikant den Konsens zugunsten der Vermögensteuer. Es hat Benennungsmacht.

Die Benennungsmacht beider Seiten ist Ergebnis langfristiger Medienarbeit, die eine Querschnittsstudie wie diese nicht fassen kann. Künftige Forschung sollte analysieren, wie Medieninhalte langfristig einerseits die Privilegierung der Reichen und andererseits die Überlastung der Wirtschaft in Szene setzten und welches Seite in den vergangenen Jahren in den Medien dominierte.

Vermögensteuern werden mehrheitlich unterstützt – selbst nach Framing mit bedrohten Arbeitsplätzen. Dennoch gibt es trotz wiederholter Anläufe verschiedener Parteien keine und ihre Einführung in Deutschland ist fraglich. Man kann dies als Responsivitätslücke diskutieren. Aber es gibt einen wenig beachteten Grund: Im Survey geäußerte Zustimmung ist keine Wahl-

²⁵ Niehues (2019: 92) berichtet hingegen, dass Befragte die von Einkommensmillionären gezahlten Steuern unterschätzen. M.E. war die Befragung recht komplex und beachtet wenig, was Eriksson und Simpson (2012) feststellten: „What do Americans know about inequality: It depends on how you ask them.“ Die Darstellung numerischer Größen hat großen Einfluss darauf, was Befragte schätzen.

entscheidung für Parteien, die Vermögensteuern umsetzen, da in die Parteienwahl auch andere Themen eingehen.²⁶ Letztlich mögen etwa die Flüchtlings- oder Umweltpolitik den Ausschlag geben, weil sie salienter sind. Die Forschung zur Unterstützung der Bürger für redistributive Politik sollte dem relativen Gewicht anderer *Issues* im Vergleich zu verteilungspolitischen Themen mehr Aufmerksamkeit schenken. Die von der Einstellungsforschung ermittelten Umverteilungswünsche wären dann realitätshaltiger.

²⁶ Das zeigt sich etwa an der hohen Zustimmung zur Vermögensteuer, aber der nicht gleichermaßen hohen Wahlabsicht der SPD, obwohl sie die Einführung einer Vermögensteuer auf ihrem Parteitag im Dezember 2019 beschloss. Siehe auch <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend-1897.html>

Anhang

Tabelle A1: Zustimmung zur Vermögensteuer

	in %
Lehne voll und ganz ab	7,9
Lehne eher ab	8,5
Teils/ teils	17,6
Unterstütze eher	25,6
Unterstütze voll und ganz	40,5

Daten: Online Survey YouGov im Nov. 2020. Gewichtet. N=1260.

Tabelle A2: Sozio-demografische Merkmale der Treatmentgruppen

	Kontroll- gruppe	Coronaframe	Arbeitsplatz- frame	Wachstums- orientierung
Schulabschluss				
Volksschule/oA	26,8	24,2	28,1	22,0
Realschule	41,2	42,1	43,2	48,4
Abitur/ FHreife	32	33,6	28,7	29,5
Haushaltsnettoeink.				
unter 2000€	27	24,8	29,2	27,1
2000 bis <4000€	41,2	39,4	43,3	36
4000€ und mehr*	31,8	35,9	27,4	36,9
Alter				
18-29 J.	18,7	21	20,5	19,7
30-59 J.	56,4	54,2	55,4	54
60-75 J.	24,9	24,9	24,1	26,3
Geschlecht				
Weiblich	51,4	49,6	50,2	48,9

Referenzen

- Altmann, Steffen, Armin Falk, Uwe Jean Heuser, und Jonas Radbruch. 2018. Wer soll zahlen. *Die Zeit* 9/2018.
- Anselmann, Christina, und Hagen M. Krämer. 2012: Completing the Bathtub? The Development of Top Incomes in Germany 1907-2007. *SOEP Papers* 451.
- Bach, Stefan, Markus M. Grabka, und Erik Tomasch. 2015. Steuer- und Transfersystem: Hohe Umverteilung vor allem über die Sozialversicherung. *DIW Wochenbericht* 8/2015:147-157.
- Bach, Stefan, und Andreas Thiemann. 2016. Hohes Aufkommenspotential bei Wiederbelebung der Vermögensteuer. *DIW Wochenbericht* 4 Vermögensteuer:79-89.
- Bach, Stefan, Martin Beznoska, und Andreas Thiemann. 2016. Aufkommens- und Verteilungswirkung einer Wiederbelebung der Vermögensteuer. *DIW Berlin: Politikberatung kompakt* 108.
- Bach, Stefan. 2020. Vermögensabgabe DIE LINKE. Aufkommen und Verteilungswirkung. Forschungsprojekt im Auftrag der Fraktion die Linke im Bundestag und der Rosa-Luxemburg-Stiftung. *DIW Berlin: Politikberatung kompakt* 157.
- Barnes, Lucy. 2015. The size and shape of government: preferences over redistributive tax policy. *Socio Economic Review* 13(1):55-78.
- Bail, Christopher A., Lisa P. Argyle, Taylor W. Brown, John P. Bumpus, Haohan Chen, M. B. Fallin Hunzaker, Jeamin Lee, Marcus Mann, Friedolin Merhout, und Alexander Volfovsky. 2018. Exposure to opposing views on social media can increase political polarization. *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America* 115 (37): 9216-9221. www.pnas.org/cgi/doi/10.1073/pnas.1804840115
- Bank, Julian. 2017. Economic Inequality in the German Quality Press: Framing Concerns About Inequality and Redistribution. *International Journal of Communication* 11:4370-95.
- Bartels, Larry M. 2008. *Unequal Democracy. The Political Economy of The New Gilded Age*. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.
- Berens, Sarah, und Mergerity Gelepithis. 2019. Welfare State Structure, inequality, and public attitudes towards progressive taxation. *Socio Economic Review* 17(4):823-850.
- Biewen, Martin, und Andos Juhasz. 2012. Understanding Rising Income Inequality In Germany, 1999/2000 - 2005/2006. *Review of Income and Wealth Series* 58(4):622-647.
- Bourdieu, Pierre. 1985. Sozialer Raum und „Klassen. In *Sozialer Raum und Klassen. Leçon sur la Leçon: 2 Vorlesungen*, Pierre Bourdieu, 7-46. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Brenke, Karl, und Alexander S. Kritikos. 2017. Wählerstruktur im Wandel. *DIW Wochenbericht* 29.
- Bublitz, Elisabeth. 2016. Misperceptions of Income Distributions. Hamburg, *HWWI Research paper* 178.
- Chong, Dennis, und James N. Druckman. 2007. Framing Theory. *Annual Review of Political Science* 10:103–126.
- Czymara, Christian S., und Stephan Dochow. 2018. Mass Media and Concerns about Immigration in Germany in the 21st Century: Individual Level Evidence over 15 Years. *European Sociological Review* 34(4):381–401.
- Dallinger, Ursula. 2020: Ungleichheitsperzeptionen und Medien: Was bewirkt politische Kommunikation? Beitrag zur Ad Hoc Gruppe „Die soziale Formierung subjektiver Prekarität: Soziologische Wahrnehmungsforschung.“ In Birgit Blättel-Mink (Hg.) 2021: Gesellschaft unter Spannung. Verhandlungen des 40. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2020.
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband. 2013. Gerechtigkeit in Deutschland. Einstellungen der Bevölkerung zu Fragen der Verteilungsgerechtigkeit und der Steuerpolitik. Aktuelle Meinungsumfrage im Auftrag des Paritätischer Gesamtverbands.
- De Vreese, Claes H. 2004. The Effects of Strategic News on Political Cynicism, Issue Evaluations, and Policy support. A Two Wave experiment. *Mass Communication and Society* 7(2):

191-214.

- Diermeier, Matthias, Henry Goecke, Judith Niehues, und Tobias Thomas. 2017. *The Impact of Inequality-related Media Coverage on the Concerns of Citizens*. Discussion paper No 258. Düsseldorf Institute of Competitive Economics.
- Druckman, James N. 2005. Media matter: How newspapers and television news cover campaigns and influence voters. *Political Communication* 4:463–481.
- Drucksache des Bundestags 17/10770 (25.9.2012): Entwurf eines Gesetzes zur Erhebung einer Vermögensabgabe. (Bündnis 90/Die Grünen. Ziel Abbau Staatsverschuldung)
- Dür, Andreas. 2019. How interest groups influence public opinion: Arguments matter more than the sources. *European Journal of Political Research* 58(2):514-535.
- Engelhardt, Carina, und Andreas Wagener. 2018. What do Germans think and know about income inequality? A survey experiment. *Socio-Economic Review* 16(4):743–767.
- Engelhardt, Carina, und Andreas Wagener. 2014. Biased Perceptions of Income Inequality and Redistribution. *CESIFO WP 4838*.
- Entman, Robert M. 2007. Framing Bias: Media in the Distribution of Power. *Journal of Communication* 57:163-173.
- Emmenegger, Patrick, und Paul Marx. 2018. The Politics of Inequality as Organised Spectacle. Why the Swiss Do not Want to tax the Rich. *New Political Economy* 24(2):1-22.
- Eriksson, Kimmo, und Brent Simpson. 2012. What do Americans know about inequality? It depends on how you ask them. *Judgement and Decision Making* 7(6):741-745.
- Faas, Thorsten, und Schoen, H 2010: Mehrwertsteuer, Staatsverschuldung, Hartz IV. Lassen sich die Einstellungen der Bevölkerung durch Framing verschieben? In: Faas/ Arzheimer/ Rossteutscher (Hg.) Information, Wahrnehmung, Emotion: politische Psychologie in der Wahl- und Einstellungsforschung. Wiesbaden.
- Fuest, Clemens (2019). Kosten und Nutzen einer deutschen Vermögensteuer. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 04.10.2019, Wirtschaft, Seite 18.
- Gilens, Martin. 1996. Race and Poverty in America: Public Misperceptions and the American News Media. *Public Opinion Quarterly* 60(4):515–41.
- Gilens, Martin. 1999. *Why Americans hate welfare. Race, Welfare and the Politics of Antipoverty Policies*. Chicago: University of Chicago Press.
- Gimpelson, Vladimir, und Daniel Treisman. 2015. Misperceiving Inequality. *IZA DP No.9100*.
- Görres, Achim, Rune Karlsen, und Staffan Kumlin. 2015. *Under Pressure. Argumentative Patterns of Pressures and Opportunities of Welfare State Reforms in Three Affluent Welfare States*. <http://ssrn.com/abstract=2330897>
- Groß, Martin, und Volker Lang. 2018. Warum Bürger gegen die Erhebung von Erbschaftsteuer sind – auch wenn sie keine zahlen müssen. Ergebnisse einer Vignettenstudie. *Zeitschrift für Soziologie* 47(3):200-217.
- Grusky David, B. und Alain McLean. 2015. The Social Fallout of a High-Inequality Regime. *The Annals of the American Academy* 663: 33-52.
- Hacker, Jacob S., und Paul Pierson. 2010. Winner-Takes-All Politics: Public Policy, Political Organization, and the Precipitous Rise of Top Incomes in the United States. *Politics & Society* 38(2):152-204.
- Happer, Catherine, und Greg Philo. 2013. The Role of the Media in the Construction of Public Belief and Social Change. *Journal of Social and Political Psychology* 1(1):321-336.
- Hennighausen, Tanja, und Friedrich Heinemann. 2015. Don't tax me? Determinants of Individual Attitudes Towards Progressive Taxation. *German Economic Review* 16(3):255-289.
- Hey, Johanna, Ralf Maitert, und Henriette Houben. 2012. Zukunft der Vermögensbesteuerung. Berlin. *IFSt Schrift* Nr. 483.
- Hochschild, Jennifer L. 2001. Where you stand depends on what you see: Connections among values, perceptions of fact, and political prescriptions. In *Citizens and Politics*, Hrsg. James Kuklinski, 313–340. New York: Cambridge University Press.

- Hüther, Michael, und Mattias Diermeyer. 2019. Perception and Reality—Economic Inequality as a Driver of Populism? *Analyse & Kritik* 41(2):337–357.
- Horn, Gustav, Jan Behringen, Sebastian Gechert, Katja Rietzler, und Ulrike Stein. 2017. Was tun gegen die Ungleichheit? *IMK Report* 129.
- Infratest dimap 2013: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/steuerplaene-zur-steuererhoehung-von-gruenen-und-spd-stossen-nicht-nur-in-der-eigenen-anhaengerschaft-auf-zustimmung/>
- IFO-Schnelldienst 2020: Rekordschulden gegen Coronafolgen - was kann sich der Staat leisten? 73 Jg. Heft 8.
- Jacobs, Lawrence R., und Robert Y. Shapiro. 2000. Politicians Don't Pander: Political Manipulation and the Loss of Democratic Responsiveness. *Contemporary Sociology* DOI: [10.2307/3089612](https://doi.org/10.2307/3089612)
- Kangas, Olli, Mikko Niemela, und Varjonen Sampo. 2013. When and why do ideas matter? The influence of framing on opinion formation and policy change. *European Political Science Review* 6:77-92.
- Kelley, Jonathan, und M.D.R. Evans. 1993. The Legitimation of Inequality: Occupational Earnings in Nine Nations. *The American Journal of Sociology* 99(1):75–125.
- Kenworthy, Lane und Leslie McCall. 2008. Inequality, public opinion and redistribution. *Socio-Economic Review* 6:35–68.
- Kim, Eunji, Rasmus T. Pedersen, und Diana Mutz. 2016. *What do Americans Talk About When They Talk about Inequality?* <http://ssrn.com/abstract=2805330>.
- Lewis-Beck, Michael, und Mary Stegmeier. 2007. Economic Models of Voting. In *The Oxford Handbook of Political Behavior*, Hrsg. Russell J. Dalton und Hans-Dieter Klingemann, 518-537. Oxford: Oxford University Press.
- Lichtenstein, Dennis, Markus Rhomberg, und Michaela Böhme. 2016. Konsonant oder interesselgeleitet? Eine Frame-Analyse zur Berichterstattung über die Vermögensteuer im Wahljahr 2013. In *Understanding inequality: Social costs and benefits*, Hrsg. Amanda Machin und Nico Stehr, 325–345. Wiesbaden: Springer Verlag.
- Lippmann, Walter. 1964. *Die öffentliche Meinung. Wie sie entsteht und manipuliert wird*. Berlin: Rütten&Loening.
- Matthes, Jörg, und Christian Schemer. 2012. Diachronic Framing Effects in Competitive Environments. *Political Communication* 29: 319-339.
- McCall, Leslie. 2013. *The Undeserving Rich. American Beliefs about Inequality, Opportunity and Redistribution*. New York: Cambridge University Press.
- Maurer, Marcus. 2010. *Agenda Setting*. Baden Baden: Nomos.
- Meltzer, Alan, und Scott Richard. 1981. A Rational Theory of the Size of Government. *Journal of Political Economy* 81:914-927.
- Mutz, Diana, C. 1998. *Impersonal Influence. How Perceptions of Mass Collectives affect Political Attitudes*. New York: Cambridge University Press.
- Niehues, Judith. 2014. *Subjective Perceptions of Inequality and Redistributive Preferences: An International Comparison*. Paper IZA Bonn.
- Niehues, Judith. 2016. Ungleichheit: Wahrnehmung und Wirklichkeit. Ein internationaler Vergleich. *Wirtschaftsdienst Sonderheft*. DOI: 10.1007/s10273-016-1945-9
- Niehues, Judith. 2019. Subjektive Umverteilungspräferenzen in Deutschland. *IW Trends* 1/2019. Institut der deutschen Wirtschaft. Köln.
- Norton, Michael I., und Dan Ariely. 2011. Building a Better America--One Wealth Quintile at a Time. *Perspectives on Psychological Science* 6(1):9–12.
- Osberg, Lars, und Timothy Smeeding. 2006. Fair Inequality? Attitudes toward Pay Differentials: The United States in Comparative Perspective. *American Sociological Review* 71: 450-473.

- Petring, Alexander. 2016. Die drei Welten des Gerechtigkeitsjournalismus? Text Mining in FAZ, taz und SZ zu sozialer Gerechtigkeit und Ungleichheit. In *Text Mining in den Sozialwissenschaften. Grundlagen und Anwendungen zwischen qualitativer und quantitativer Diskursanalyse*, Hrsg. Matthias Lemke und Gregor Wiedemann, 369-393. Wiesbaden: Springer Verlag.
- Piketti, Thomas. 2015. *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Pontusson, Jonas, Nathalie Giger, Jan Rosset, und Davy-Kim Lascombes. 2020. *Introducing the Inequality and Politics Survey. Preliminary Findings*. Working Paper no. 16.
- Roosma, Femke, Wim van Oorschot, und John Gelissen. 2016. A Just Distribution of Burdens? Attitudes Toward the Social Distribution of Taxes in 26 Welfare States. *International Journal of Public Opinion Research* 28(3): 376-400.
- Rudzio, Kolja. 2012. Armut - Steigt der Anteil der Armen in Deutschland? Viele glauben das, und die SPD will im Wahlkampf damit punkten. Doch stimmt es? *Zeit-online* 19.12.2012.
- Sachweh, Patrick und Debora Eicher. 2018. Einstellungen zur Vermögenssteuer in Deutschland. Eine Vignettenanalyse anhand aktueller Umfragedaten. *WSI Mitteilungen* 71(5):370-381.
- Schemer, Christian, Werner Wirth, und Jörg Matthes. 2012. Value Resonance and Value Framing Effects in Direct-Democratic Campaigns. *American Behavioural Scientist*, DOI: 10.1177/0002764211426329
- Schemer, Christian. 2014. Media Effects on racial attitudes: Evidence from a three-wave panel survey in a political campaign. *International Journal of Public Opinion Research*, 26(4):531-542.
- Scheve, Kenneth, und David Stasavage. 2016. *Taxing the Rich. A History of Fiscal Fairness in the United States and Europe*. Oxford: Princeton University Press.
- Schlueter, Elmar, und Eldad Davidov. 2013. Contextual sources of perceived group threat: Negative immigration related news reports, immigrant group size and their interaction, Spain 1996-2007. *European Sociological Review* 29(2):179-191.
- Scholtz, Hanno. 2010: Inequality rose from above. So it shall fall again: Income Skewness trends in 16 OECD countries as evidence for a second Kuznets Cycle. *International Journal for Comparative Sociology* 51:246-267.
- Schröder, Martin. 2017. Is Income Inequality related to Tolerance for Inequality? *Social Justice Research* 30:23-47.
- Schröder, Martin, und Florian Vietze. 2015: Mediendebatten über soziale Ungleichheit, Armut und soziale Gerechtigkeit seit 1946 und wie sie mit Einkommensungleichheit zusammenhängen. *Zeitschrift für Soziologie* 44(1):42-62.
- Schuck, Andreas R.T., und Claes H. De Vreese. 2006. Between Risk and Opportunity. News Framing and its Effects on Public Support for EU Enlargement. *European Journal of Communication* 21(1):5-32.
- Slothuus, Rune, und Claes Freese. 2010. Political Parties, Motivated Reasoning and Issue Framing Effects. *Journal of Politics* 72(3):630-645.
- Slothuus, Rune, und Martin Bisgaard. 2020. How Political Parties Shape Public Opinion in the Real World. *American Journal of Political Science*
- Smith Ochoa, Christopher und Maximilian Hugendubel. 2019: Umstrittene Faktenlage. Eine Diskursanalyse der öffentlichen Diskussion um sozio-ökonomische Ungleichheit in Deutschland. Böckler Working Paper Nr. 131.
- Smith Ochoa, Christopher 2019. Trivializing inequality by narrating facts. A discourse analysis of contending storylines in Germany. *Critical Political Studies*
DOI:10.1080/19460171.2019.1623056
- Streeck, Wolfgang. 2013. *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Theine, Hendrik, und Andrea Grisold. 2020. *Streitfall Vermögensteuer. Defizite in der Medienberichterstattung*. Otto Brenner Stiftung OBS Arbeitspapier 43.

- Trump, Kris Stella, und Ariel White. 2018. Does inequality beget inequality? Experimental tests of system justification motivation. *Journal of Experimental Political Science* 5(3):206-216.
- Urban, Dieter, und Jochen Mayerl. 2013. Politische Einstellungen: Gibt es die denn überhaupt? Warnung vor einer „schlechten“ Praxis politischer Einstellungsforschung. In *Zivile Bürgergesellschaft und Demokratie*, Hrsg. Silke Keil und Isabell Thaidigsmann, 259-272. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Vliegenthart, Rens, Andreas R.T. Schuck, Hajo G. Boomgaarden, und Claes H. De Vreese. 2008. News coverage and Support for European Integration 1990-2006. *International Journal of Public Opinion Research* 20(4):415-439.
- Wegener, Bernd. 1987. The illusion of distributive justice. *European Sociological Review* 3(1):1-13.
- Zaller, John R. 1992. *The Nature and Origins of Mass Opinion*. New York: Cambridge University Press.